

# Angst vor dem Verkehrsinfarkt

Der Verkehr wird als das grösste Problem Liechtensteins angesehen. Daran ändert sich gemäss Zukunftsbarometer auch in zehn Jahren nichts. Kein Wunder also, dass auch die Umweltproblematik immer mehr an Brisanz gewinnt.

Von Heribert Beck

Heute sorgt sich die Liechtensteiner Bevölkerung um die Verkehrssituation, die Integration von Migranten und die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wenig Sorgen machen die Sozialpolitik oder die Gesundheitsvorsorge. Erkenntnisse, die das Zukunftsbarometer offenbart.

Die Forscher gingen noch einen Schritt weiter und fragten, welches nach Ansicht der Einwohner die Probleme des Landes in zehn Jahren sein werden. Die Zahlen ermöglichen einen Überblick darüber, in welchen Bereichen die Liechtensteiner der Politik eher eine Lösung zutrauen und wo weniger.

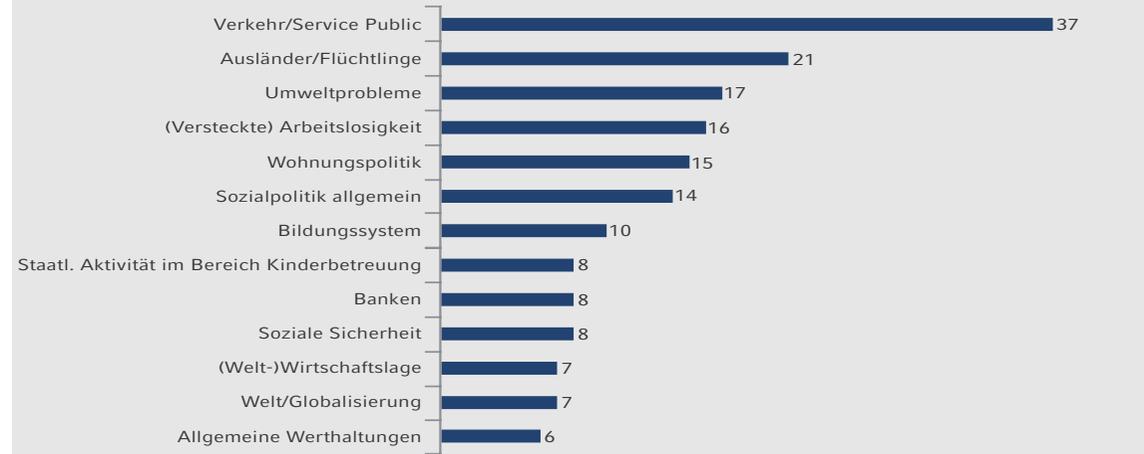
## Ängste hier, Hoffnungen dort

Heute sowie im Jahr 2018 wird die Problemskala dominiert vom Verkehr. Derzeit halten ihn 35 Prozent der Befragten für das grösste Problem. In zehn Jahren schätzen ihn sogar 37 Prozent als Hauptproblem ein. Offenbar herrscht Skepsis darüber, dass es gelingen wird, Verkehrsüberlastungen wie am Grenzübergang Schaanwald oder zu den Stosszeiten in Schaan und Vaduz innerhalb eines Jahrzehnts in den Griff zu bekommen.

Die Ausländerintegration nimmt heute wie auch beim Blick in die Zukunft den zweiten Rang ein. Sind es heute noch 28 Prozent, die sie als Problem sehen, nimmt dieser Wert aber bei der Frage nach dem Jahr 2018 um sieben Prozent ab. Auch wenn hier weiterhin Sorgen vorherrschen, scheint doch ein wesentlicher Prozentsatz der Befragten Vertrauen in die neue Integrationspolitik zu haben. Die Forderung nach sprachlicher und gesell-

## Die drei wichtigsten Probleme in 10 Jahren

„Denken Sie nun einmal 10 Jahre in die Zukunft. Was glauben Sie, welche werden die drei wichtigsten Probleme Liechtensteins in 10 Jahren sein?“



**Die Sorgen der Zukunft:** Verkehr und Ausländerintegration halten ihre heutigen Spitzenplätze. Die Umweltproblematik holt auf und rückt stärker ins Bewusstsein. Bild pd

schaftlicher Integration scheint ihre Wirkung nicht zu verfehlen.

## Vertrauen in die Bildungsreform

Hoffnungen sind auch beim Bildungssystem vorhanden. Sehen heute noch 14 Prozent darin ein wichtiges Problem, sind es mit Blick in die Zukunft nur noch zehn Prozent. Vertrauen in die laufende Bildungsreform SPES I scheint also vorhanden zu sein. Zumal der grösste Teil der Einwohner gemäss Umfrage in der Schaffung von Chancengleichheit und in einer Neustrukturierung des Systems die besten Lösungen sieht.

Die Angst vor der Arbeitslosigkeit bleibt laut Zukunftsbarometer etwa gleich. Der Wert steigt leicht von 15 auf 16 Prozent. Dies trotz des deutlichen Rückgangs der Arbeitslosenzahlen um 112 Personen oder 19,2 Prozent allein im vergangenen Jahr.

## Wie sieht Familienförderung aus?

Was die staatlichen Aktivitäten in der Kinderbetreuung betrifft, scheinen die Sorgen nicht besonders gravie-

rend zu sein. Sehen hier aktuell neun Prozent ein Problem, nimmt dieser Wert mit dem Blick nach vorne noch um einen Punkt ab.

Gefordert wird vor allem eine bessere Unterstützung von Familien. Worin eine solche Unterstützung bestehen sollte, ist dem Barometer allerdings nicht zu entnehmen. Ob in der Erhöhung des Kinderfreibetrags, wie ihn die VU im Landtag durchgesetzt hat, im Abzug dieses Freibetrags von der Steuerschuld, wie ihn die FL propagiert oder im Familiengeld nach dem Giesskannenprinzip für jedes Kind bis zum Alter von drei Jahren, wie es von der FBP favorisiert wird. Oder doch in einem ganz anderen System.

## Kirche und Staat werden entflochten

Überraschen mag, dass offensichtlich erwartet wird, dass die Problematik um die Entflechtung von Kirche und Staat in zehn Jahren kein Problem mehr darstellen wird.

Dies trotz der heissen Diskussionen, die momentan geführt werden, wenn es darum geht, den Besitz der kirchlichen

Gebäude oder die steuerliche Finanzierung zu regeln. Hier konkurrieren unter anderem das Modell der Mandatssteuer nach italienischem Vorbild, für das sich der Erzbischof ausspricht, und das Modell der Teilzweckbindung von Regierungschef Otmar Hasler. Bei beiden kann der Steuerzahler entscheiden, was mit einem Teil seiner Vermögens- und Erwerbssteuer geschehen soll. Beim italienischen Modell stehen eine Religionsgemeinschaft oder ein guter Zweck zur Auswahl. Bei der Teilzweckbindung eine Religionsgemeinschaft oder die öffentliche Hand.

## Umwelt als Problem der Zukunft

Einen deutlichen Sprung nach vorne macht im Empfinden der Einwohner die Umweltproblematik. Aktuell nimmt sie lediglich den siebten Rang ein. Neun Prozent machen ein Problem aus. Bereits 17 Prozent rechnen allerdings damit, dass die Thematik in zehn Jahren brisant sein wird. Die Diskussionen um Klimawandel, Energieverbrauch, CO<sub>2</sub>-Ausstoss oder Feinstaub scheinen Wirkung zu zeigen.